Nummer 11 | Stuttgart, 15. März 1924 | 42. Jahrgang

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 25 Goldpfennig
Einzelnummern 15 Goldpfennig (nur gegen Voreinsendung des Betrags)

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer
Schriftleitung und Versandstelle: Stuttgart, Rötestraße 16
Fernsprecher Nr. 8800 — Postscheckkonto Stuttgart Nr. 6803

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

Werte Kollegen und Kolleginnen!

Die Metallarbeiter Deutschlands müssen in geschlossener Kampfesfront stehen!

Von dieser Erkenntnis ausgehend, faßte der Verbandstag in Kassel den **einmütigen** Beschluß, in der Zeit vom 24. bis 30. März eine Werbewoche für den Deutschen Metallarbeiter-Verband durchzuführen, um in **allen** Orten des Reiches durch eine planmäßige Werbearbeit **die Organisation zu stärken und dem Metallarbeiter-Verband neue Mitglieder zuzuführen.**

Die Zeit ist bitter ernst!

Politisch und wirtschaftlich herrscht die Diktatur der Bourgeoisie. Im verflossenen Jahre steigerten sich die Not und das soziale Elend breiter Volksschichten ins ungemessene, die schwere Wirtschaftskrise warf ein Viertel unserer Kollegen als Arbeitslose aufs Straßenpflaster, während die doppelte Zahl als Kurzarbeiter nur teilweise Beschäftigung fand. Die Unternehmer glauben nunmehr ihre Stunde gekommen. In brutalem Übermut versuchen sie den Arbeitern ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen zu **diktieren.** Der Achtstundentag soll beseitigt, die Löhne weiter gedrückt, den Arbeitern jedes Mitbestimmungsrecht genommen werden. Dagegen setzen sich unsere Kollegen mit Recht zur Wehr. Es bleibt

ein unauslöschliches Ruhmesblatt der deutschen Metallarbeiter,

daß sie in diesen Monaten mit ihrer Organisation die schwersten Kämpfe auf sich nahmen, um die oftmals ungeheuerlichen Zumutungen der Unternehmer abzuwehren, und es ablehnen, sich willen- und kampflos dem Unternehmerdiktat zu beugen. Der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes fühlt sich **eins** mit der einmütigen Willenskundgebung des Kasseler Verbandstages, **den kämpfenden Kollegen jede nur mögliche Unterstützung zu gewähren. Dazu aber ist die Stärkung unseres Verbandes zwingendes Gebot.**

Kollegen, erkennt die Flammenzeichen!

In allen Gebieten des Reiches waren und sind unsere Kollegen im Vordertreffen der ihnen aufgezwungenen Abwehrbewegung. Von den größeren Kämpfen der letzten Monate nennen wir nur die Streiks und Aussperrungen im rheinisch-westfälischen und bergischen Industriegebiet, in Hagen-Schwelm, Köln, Mannheim, Magdeburg, Halle, Leipzig, Oberschlesien, Berlin, in allen Werftorten und vielen anderen Gebieten des Landes.

Der Deutsche Metallarbeiter-Verband ist eine Kampfesorganisation!

Das verpflichtet alle Metallarbeiter und Metallarbeiterinnen, unserem Verbande als Mitglied anzugehören. Mögen über Einzelfragen unter den Millionen deutscher Metallarbeiter sachliche Meinungsverschiedenheiten in Frage kommen, im Daseinskampf der Arbeiterklasse, im Ringen um ein menschenwürdiges Dasein gehören **alle Metallarbeiter einheitlich organisiert in eine Kampfesreihe,** um das übermütige Unternehmertum und seine diktatorischen Maßnahmen zurückzuweisen.

Es sind **faule Ausreden,** womit sich die Indifferenten an ihren Pflichten vorbeizudrücken suchen. Im gemeinsamen Kampf muß **jeder** Metallarbeiter ein Opfer bringen und dem Verband seinen Beitrag entrichten. Und angebliche Zufriedenheit mit diesem und jenem ist doch meist **nur ein Vorwand, um sich proletarisch-solidarischen Pflichten zu entziehen.** Wer bessere Verhältnisse haben will, muß in erster Linie selbst mit Hand ans Werk legen.

Die Werbewoche ruft alle auf den Plan!

Kollegen und Kolleginnen! Helft mit, jeder zu seinem Teil. Werbet für die Organisation, führt dem Deutschen Metallarbeiter-Verband den letzten Nichtorganisierten zu. **So** dienen wir der gemeinsamen Sache, so schaffen wir die Grundlagen für erfolgreiche Kämpfe und unterstützen unsere Kollegen, die sich zu hunderttausenden in schwersten Kämpfen befinden.

Werbet für den Deutschen Metallarbeiter-Verband! Das Banner hoch!

Mit kollegialem Gruß — Der Vorstand.

Folgt alle dem Ruf!

Die Pflichten einer Gewerkschaft sind recht mannigfaltig. Ihre oberste Pflicht indessen ist äußerst einfach: Sie besteht darin, Berufsgenossen zu werben und zu vereinen. Die Werbearbeit ist die erste und die notwendigste Aufgabe. Von dem Erfolg dieser ersten Tätigkeit hängt der Erfolg der weiteren Tätigkeit ab. Denn erst die Werbearbeit bringt die Kampfgenossen zusammen, und damit die Möglichkeit, der Gewerkschaft eine sturmfeste Grundlage zu geben, die Aufklärung zu betreiben, Forderungen an den Unternehmer zu stellen und sie schließlich durch gemeinschaftliche Handlung durchzusetzen.

Wird die oberste Pflicht versäumt, ist das weitere Streben so ziemlich umsonst. Je vollständiger sie erfüllt wird, desto aussichtsreicher die Hoffnung auf mehr Freizeit und Lohn. Das Unternehmertum kann Hunderte, kann Tausende von Arbeitern entbehren, aber nicht alle. Infolgedessen wächst die Erfolgsaussicht der Gewerkschaft mit der Zahl ihrer Mitglieder. Sind alle Berufsgenossen in der Gewerkschaft vereinigt, muß das Unternehmertum deren Forderungen bewilligen, wenn es die Arbeit nicht selbst verrichten oder die Fabriktore schließen will. Somit ist die Werbearbeit fortzuführen, bis alle Berufskollegen organisiert sind.

Die Mitgliederzahl allein genügt freilich nicht. Und wenn sie noch so hoch wäre, sie vermöchte wenig auszurichten, wenn die Kampfbereitschaft mangelt. Die wichtigste Vorbedingung der Kampfbereitschaft aber ist ein wohlgefüllter Kriegsschatz. Die Kasse der Gewerkschaft wird durch die Beiträge ihrer Mitglieder gefüllt. Das Unternehmertum versucht mit allen Schlichen und Pfiffen, die Arbeiter vom Beitragzahlen abzuhalten. Es läßt es sich immer und überall angelegen sein, die in die Gewerkschaftskasse gezahlten Beiträge als reine Vergeudung auszuschreien. Es weiß, warum es dies tut. Die Arbeiter könnten das ebenso gut wissen. Sie brauchen bloß den Lohn, die Arbeitszeit und die Behandlung unorganisierter Arbeiter mit dem Lohn, der Arbeitszeit und der Behandlung wohlorganisierter Berufe zu vergleichen. Der unorganisierte Mann spart den Beitrag gewiß, er muß dafür aber mit weniger Lohn und einer schlechteren Behandlung vorlieb nehmen und steht in allen Nöten ohne Hilfe. Das Einkommen des organisierten Mannes vermindert sich um den Beitrag, gewiß, aber diese Verminderung wird vielfach aufgewertet durch bessere Bezahlung, mehr Freizeit, anständigere Behandlung und die Unterstützung seines Verbandes. Der Gewerkschaftsbeitrag trägt mehr Zins als die beste Bankeinlage. Die Verbandskasse ist die vorteilhafteste Sparkasse für den Arbeiter und seine Familie.

Was an den Zuständen in der Metallindustrie besser geworden ist, ist einzig und allein unserm Verbande zu verdanken. Die Arbeitszeit wäre heute bestimmt noch kürzer, der Lohn höher, die Freiheit größer, wenn sich noch mehr Berufskollegen dem Verbande angeschlossen hätten. Aber für viele von ihnen erklang der Ruf des gewerkschaftlichen Werbers umsonst; viele blieben gleichgültig, untätig beiseite stehen. Und diese Gleichgültigen, Untätigen, eben die Nichtorganisierten sind mitschuldig, daß nicht noch größere Fortschritte errungen werden konnten, ja daß ein Teil der Errungenschaften jetzt aufs höchste gefährdet ist. Den Unorganisierten mag vielleicht nicht zum Bewußtsein gekommen sein, daß sie durch ihr Verhalten sich nur selbst schaden. Denn sie sind dem Wind und Wetter am ehesten ausgesetzt.

An sie erklingt jetzt der Ruf des Verbandes aufs neue. Und eindringlicher denn je. Mögen sie alle ihn hören und befolgen. Mögen sie sich alle dem Verbande anschließen. Was sie für diesen leisten und opfern, bringt hundertfältig Frucht für sie und ihre Familie.

fk.

Kommt zu uns!

Da war eine Gruppe von Menschen, die sich mühten, einen schweren Block fortzubewegen. Anfangs gab es gleich Zweifelsüchtige, die gar nicht mithalfen, weil sie sich einredeten, es gehe doch nicht. Und der Teil, der dann zugriff, hätte die Arbeit bei der vorhandenen Kraft zwar wohl meistern können, aber die Blicke der anderen, die untätig, „überlegen" zusahen, störten ihre Berechnungen, so daß sie die Hebel nicht an der rechten Stelle ansetzten. Und als es dann auf den ersten Anhieb nicht gleich glückte, wurden auch sie wankelmütig. Die weiteren Versuche glückten noch weniger. „Haben wir nicht gesagt, daß es nicht geht?" riefen da triumphierend die von Anfang an Untätigen. Beschämt sahen die anderen zur Seite und wußten nicht, was sie entgegnen sollten.

Einer, der schon länger dies Tun und Lassen beobachtet hatte, kam heran, sah näher zu und sagte dann: „Weg, das geht nicht? Es wird gehen!" Er überlegte, stellte die Kräfte mit ihren Hebeln zweckmäßig ein und griff auch selbst anspornend zu. So wurde die vorhandene Macht gesammelt und gegliedert, und die feste Zuversicht, die bei keinem Werke fehlen darf, holte heraus, was im Umfang der natürlichen Kraft möglich war.

Wer hat nicht in seinem Leben ähnliche Bilder beobachtet, wo Zuversicht und Überlegung möglich machten, was erst „nicht gehen" wollte? Im Haushalt, in der Fabrik, im Staat, überall ist das, was geschieht, vielfach durchaus nicht die Summe des überhaupt Möglichen, sondern nur ein Bild davon, wie die geistigen und stofflichen Kräfte beteiligt und eingestellt waren. Könnte alles, was geschehen ist, erneut angepackt werden, dann würde recht viel ein zweites oder drittes Mal anders verlaufen. Fort darum mit den ungeistigen oder doch unbeholfenen Redensarten, daß alles komme, „wie es will," oder daß der einzelne Mensch oder eine kleine Gruppe überhaupt mit ihrer Kraft nichts anfangen könnten. Allerwegen stößt man auf das Bild der untätigen Zuschauer, die dabei viel Kraft und Kritik oder gar höhnende Begleitreden verwenden.

Ist es nicht auch so bei uns, wo nur ein Teil der vom Kapitalismus gequälten Arbeiter mit aller Kraft versucht, die Fesseln zu lösen oder ganz aus dem Joch zu kommen, während ein erheblicher anderer Teil untätig beiseite steht und dabei doch nicht nur mit Anspruch auf das macht, was die tätigen, die organisierten Arbeiter bei ihrem Abwehr- und Angriffskampf erreichen, sondern auch noch klagt und schimpft, daß das Erreichte „zu gering" sei? Ja, die ungenügenden Erfolge werden vielfach gerade als Begründung dafür angeführt, daß so viele Arbeiter außerhalb der Organisation stehen.

Andere wieder wollen sich doch nicht ganz außerhalb der Gemeinschaft stellen, aber weil sie zu kurzsichtig sind und selbst nur wenig dazu tun möchten, suchen sie nach Scheingründen, um „billiger" fortzukommen. So verlieren sie sich in mancherlei Splitterorganisationen, die oft nicht einmal ihren Namen zu recht führen und die dem notwendigen Gesamtkampf oft mehr schaden als völlige Untätigkeit. Dies gilt vor allem auch für die unterschiedlichen Gruppen der Syndikalisten und Unionisten, die sich schon unter sich wieder streiten, ob sie „Berliner" sind oder „freie" Syndikalisten, und ob sie in der „Union" „Hand- und Kopfarbeiter" sein wollen oder ohne Köpfe.

Nein, ungeheuer viel hätte auch in den hinter uns liegenden schweren Jahren mehr geschaffen werden können, wenn die Gewerkschaften stärker und geschlossener gemacht worden wären. Wirkungsmöglichkeiten sind dann immer genug vorhanden, auch wo der Weg steinig ist und steil bergan führt. Zweifelsucht und Unbeholfenheit aber und dadurch verursachte Untätigkeit hemmen die vorhandene Kraft und drücken damit die Lebenslage der Arbeiterschaft. Und davon wird natürlich der am wenigsten gesicherte unorganisierte Arbeiter gerade am härtesten betroffen.

Sieh dich um, wie mannigfach die Kräfte wirksam werden, wenn sie zweckbewußt gegliedert oder massig gesammelt werden. Hinter Düsseldorf steigt eine Bahnstrecke plötzlich so mächtig bergan, daß mancher meint, nie würde da ein Zug hinaufkommen können. Aber es geht! Was hat das Drahtseil zu bedeuten, das da zwischen den Schienen läuft? Oben auf der Höhe ist ein kleiner Punkt, er wird größer und kommt näher. Und dann braust auf dem Nebenstrang die leere Lokomotive mit dem Seil vorbei: sie zieht mit dem über Rollen laufenden Drahtseil den Zug steil bergan, indem sie mit ihrem Gewicht nach unten strebt. Das ist nur ein Bild von Tausenden, von Millionen, wie etwas „geht", wenn nur die vielen vorhandenen Kräfte einem gemeinsamen Zweck unterstellt werden und sich — bei den Menschen — willig einordnen.

Fort nun endlich mit dem Streit über das, was gewesen. Nehmen wir aus ihm die nötigen Lehren und begnügen wir uns im übrigen mit der Erkenntnis, daß vieles in den hinter uns liegenden Jahren doch nur „Krampf" gewesen ist. Die Verhältnisse waren entstellt. Nun aber hat der Kapitalismus weniger die Möglichkeit, zu verzerren, er sieht sich mehr auf eine „gerade Linie" gedrängt. Die aber zeigt mit dem furchtbaren, unerbittlichen Vorgehen der organisierten Unternehmer, was für die Arbeiterschaft auf dem Spiele steht. Die Höhe des Lohnes und die Länge der Arbeitszeit sind die besonderen Stichworte im Klassenkampf der nächsten Zeit. Es nützt den Untätigen gar nichts, wenn sie nur klagen und stöhnen und Gott und alle Welt verfluchen: im Gegenteil würde die größere Zerfahrenheit bei

den Arbeitern den Kapitalisten nur noch mehr in die Hände arbeiten. Und denke um alles auch keiner, daß es „noch schlimmer gar nicht werden" könne. Das ist nun so oft geweissagt worden und fehlgeschlagen, daß es doch endlich überall als einfältige Rederei erkannt werden sollte. Jawohl, immer kann es noch sehr viel schlimmer kommen, wenn es die Menschen danach treiben. Es liegt schon Sinn in der einfachen Volksweisheit: „Wie mans treibt, so gehts!"

Wie war es denn noch vor einigen Jahrzehnten, vor einem halben Jahrhundert in Deutschland? Da wagten es bei uns im Ruhrbezirk die Berg- und Hüttenleute nicht einmal, ihr Butterbrot in die Zentrumszeitungen zu packen, weil die dem Kapital damals auch als Hetzblätter galten und verfemt waren. Die Hausmutter rang oft entsetzt die Hände, wenn sie hörte, daß ihr Mann „dem Verbande" beigetreten war und ein Arbeiterblatt las. Und diese Sorge hatte ihren Grund: die Kapitalisten suchten durch schwarze Listen und Überweisungsscheine" die Betriebe „sauber" zu halten. Wer von den Angebern herausgespürt wurde, bekam im ganzen Gebiet nur schwer oder überhaupt nicht wieder eine Arbeitsstelle.

Gegen diese Stickluft hat sich die aufkommende Arbeiterbewegung im Kampf mit den erbittertsten Feinden mühsam und opferschwer durchgerungen. Und die alten Freunde, die diese mühselige Aufstiegarbeit noch persönlich miterlebt haben, wissen gut genug, daß die Arbeiterschaft doch auch heute noch genug zu verlieren hat, wenn es sich auch nicht gleich in Paragraphen fassen läßt.

Komm aber auch die fernstehenden Kollegen überall willig und erkenntnisfroh mit in den Ring, sie alle, die den „bösen Pfennig" auch in unsern Tagen nicht mehr geben wollen, reichen sie ihren organisierten Kameraden tatbereit die Hände: dann wird es licht, dann leuchtet uns allen die Sonne besserer Tage, dann drückt uns weniger die Sorge um Lohn und Brot, um eine freie Stunde, dann brauchen die Mütter nicht mehr gar so bekümmert an die kommenden Tage zu denken, dann kann auch die Frage entschiedener angepackt werden, was mit der Zukunft der Kinder werden soll.

Dann liegt vor uns eine grüne, hoffnungsschimmernde Fläche im Glanz der Zukunft. Jeder ist willkommen, der nach Neigung und Befähigung mitarbeiten will am Wohl der Gemeinschaft, er nimmt dann auch teil an allem, was gemeinsam geschaffen wird. Ja, „solch ein Gewimmel möcht ich sehn, auf freiem Grund mit freiem Volke stehn!"

W. H.

Herren und Knechte

Ein Hund ist der, der einen Herren kennt!
Denn wir sind Herren nicht und sind nicht Knechte!
Schamlose Frechheit wagt es noch und nennt
Knecht einen andern, dem die gleichen Rechte

Wie ihm gelegt einst in des Lebens Wiege!
— Ein jeder sehe, ob er gehen kann,
doch keiner sei so hündisch, daß er biege
sein Knie in Furcht vor einem andern Mann.

Gleich hoch sei jede Menschenstirn gehoben,
ob sie nun arm sei oder hochgeboren!
Ich will mein Recht, du magst das deine loben,
für mich, für dich, für alle ist es gleich . . .

John Henry Mackay.

Verordnung über Erwerbslosenfürsorge

Eine weitere Verschlechterung

Die Verordnung zur Änderung der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 13. Februar 1924 bestimmt in Artikel II, Ziffer 2, Absatz 3, daß die Beiträge für die Erwerbslosenfürsorge ab 1. März 1924 3 v. H. des Grundlohnes nicht übersteigen dürfen. Diese dehnbare Vorschrift wird aber zu einer Mußvorschrift, denn es heißt unter Ziffer 1 des Artikels II, daß das Reich und die Länder nur Beihilfen leisten, soweit die Höchstleistungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer den notwendigen Aufwand der Erwerbslosenfürsorge nicht decken. Anders ausgedrückt: Zahlt ihr nicht die höchsten Beiträge, zahlen das Reich und die Länder keine Beihilfen und die Erwerbslosen können dann verhungern.

Diese neue Verordnung bringt eine Erhöhung der Beitragsleistung um 100 bis 150 v. H. der bisherigen Beiträge. An einem Beispiel sei das gezeigt: Der Grundlohn beträgt angenommen 4 Goldmark. Der Krankenkassenbeitrag 7,5 v. H. gleich 30 G.-Pf., hiervon nach der alten Verordnung bis zum 1. März 1924 20 v. H. gleich 6 G.-Pf. oder für Arbeitgeber und Arbeitnehmer je 3 G.-Pf. Nach der neuen Verordnung ab 1. März 1924 3 v. H. von 4 Goldmark gleich 12 G.-Pf. oder für Arbeitgeber und Arbeitnehmer je 6 G.-Pf. Erhöhung 100 v. H.

So erhöht sich die Belastung der Arbeitnehmer. Dazu kommt noch die Erhöhung der Mieten, das Anziehen der Preise für Lebensmittel und auf der anderen Seite verlangt der Arbeitgeber den Abbau des Lohnes. Wie das Wirtschaftsleben sich dann noch heben soll, wenn die Kaufkraft der größten Schicht des Volkes immer mehr herabgedrückt wird, bleibt ein Rätsel.

Wenn durch diese neue Belastung der Arbeiter und Angestellten wenigstens die Erwerbslosen oder Kurzarbeiter besser unterstützt würden, wären die Maßnahmen der Regierung noch zu verstehen. Dies trifft aber nicht zu, sondern das Gegenteil ist der Fall. Die Kurzarbeiterunterstützung wird beseitigt. Gemäß Artikel I Ziffer 2 kann die oberste Landesbehörde mit Zustimmung des Reichsarbeits- und Reichsfinanzministers anordnen, daß die Gemeinden eine Fürsorge für Kurzarbeiter einrichten. Den Gemeinden, die schon heute nicht wissen, wo sie ihre Einnahmen hernehmen sollen, will man die Fürsorge für Kurzarbeiter nun auch noch aufbürden. Dies bedeutet ein glattes Verschwinden der Kurzarbeiterfürsorge.

Die jugendlichen Erwerbslosen unter 16 Jahren erhielten bisher schon keine Unterstützung. Nach der neuen Verordnung bekommen oder Erwerbslose, die das 16. Jahr, aber noch nicht das 18. Lebensjahr vollendet haben, nur dann Unterstützung, wenn die oberste Landesbehörde oder die von ihr bestimmte Stelle nach Anhörung des Verwaltungsausschusses des Landesarbeitsamtes festgestellt hat, daß auch die Personen dieser Altersgruppen trotz besonderer Bemühung erst nach längerer Arbeitslosigkeit die Möglichkeit haben, Arbeit zu bekommen. Der Ausschluß der Jugendlichen von der Fürsorge bedeutet eine große Ungerechtigkeit, da sie, wenn sie in Arbeit stehen, ebenfalls die Mittel für die Erwerbslosenfürsorge aufbringen müssen.

Eine weitere Verschlechterung bringt eine Bestimmung, die besagt, daß die Erwerbslosenunterstützung nur dann gewährt wird, wenn der Erwerbslose in den letzten 12 Monaten vor Eintritt der Erwerbslosigkeit mindestens 3 Monate eine Beschäftigung ausgeübt hat, in welcher er gegen Krankheit pflichtversichert war. Diese Bestimmung bedeutet eine furchtbare Härte, gibt es doch Tausende Erwerbslose, die trotz eifriger Bemühung keine Arbeit zu bekommen, schon weit länger als 12 Monate ohne Arbeit sind.

Die Folgen dieser Verschlechterungen dürften sich in moralischer wie in körperlicher und gesundheitlicher Beziehung gar zu bald bemerkbar machen. Die Verantwortung trägt allein die bürgerliche Reichsregierung, die den Zentrumsschriften Marx als Kanzler hat.

H. Feldmann.

Der 16. Verbandstag in Kassel

Vierter Verhandlungstag

(Fortsetzung der Vormittagssitzung)

Das Wort erhält der Vertreter des ADGB, Genosse Graßmann. Er legt zunächst dar, was in der Frage der Industrieverbände seit dem Gewerkschaftskongreß in Leipzig geschehen sei. Im Frühjahr vorigen Jahres sei ohne Widerspruch eine Vertagung der Arbeit der hierfür vom Bundesausschuß eingesetzten Kommission erfolgt. Auf Anregung des Bundesvorstandes habe aber die Bundesausschußsitzung im Januar d. J. beschlossen, so bald wie möglich die Arbeiten wieder aufzunehmen. Im übrigen besagt die Bundessatzung ausdrücklich, daß jede angeschlossene Gewerkschaft Anspruch auf den Schutz des Bundes habe. Sie erkenne an, daß die Entwicklung sich in der Richtung des Zusammenschlusses zu großen leistungsfähigen Verbänden vollziehe, es dürfe aber kein Zwang zum Zusammenschluß auf eine Gewerkschaft ausgeübt werden. Beim süddeutschen Metallarbeiterstreik habe der Bundesvorstand selbst im Bundesausschuß den Antrag auf Gewährung der Bundeshilfe für die Metallarbeiter gestellt, weil ihm die Aufrechterhaltung der 40-Stundenwoche als Brückenkopf zur Verteidigung des Achtstundentages erschien. (Sehr gut!) Man könne also dem Bundesvorstand wirklich nicht nachsagen, daß er in der Frage der Arbeitszeit Verrat an den Arbeitern geübt habe. Wenn schon auf früheren Parteitagen manchmal über den Sauherdenton geklagt worden sei, so sei die jetzt üblich gewordene Form der Kritik der Opposition nur zu vergleichen mit rauchender Schwefelsäure, ätzend, versengend, unauslöschliche Narben bildend. (Sehr wahr!) Das müsse jede Verständigung unmöglich machen und wirke vor allem auch äußerst abschreckend auf die neuen Mitglieder. Der Redner fragte die Sprecher der Kommunisten, in wessen Auftrag sie gesprochen hätten. In der letzten Sitzung der Exekutive der kommunistischen Roten Internationale habe Sinowjew ausdrücklich erklärt, daß mit der Taktik der Walcher, Brandler und Genossen endgültig gebrochen werden müsse; lediglich die Richtung Ruth Fischer sei dort anerkannt worden, und das sei die Richtung in der deutschen Gewerkschaftsbewegung, die die Einigung nicht wolle. (Hört, hört!) Die deutschen kommunistischen Gewerkschafter seien nicht selbständig in ihrer Entschlußfreiheit. Wie früher das deutsche Volk seine besten Führer verließ, wenn sie vom Bannstrahl des Papstes in Rom getroffen wurden, so unterstellen sich jetzt die deutschen Kommunisten einer Körperschaft in Rußland, deren Mitglieder die deutschen Verhältnisse zumeist nur aus Büchern kennen und für die die

Arbeiter der andern Länder nur Schachfiguren in dem großen Spiel

zur Befestigung ihrer eigenen politischen Macht seien. (Sehr wahr!) Den Führern der deutschen Gewerkschaften, die jahrzehntelang ihre ganzen Kräfte für die Entwicklung der Gewerkschaften eingesetzt hätten, sei die Wiederherstellung der Einheitsfront Herzensbedürfnis. Diese Einigkeit sei notwendig gegenüber den der Arbeiterschaft drohenden unübersehbaren Gefahren, und sie könne geschaffen werden, wenn alle diejenigen, die guten Willens zur Einigkeit seien, ihre Pflicht täten. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit.)

Dieterich (Köln) spricht für einen Antrag, der Unterstützung des Kampfes im Rheinland fordert und für diesen Zweck einen Sonderbeitrag im ganzen Verbande ausgeschrieben haben will, sowie für eine andere Entschließung der kommunistischen Fraktion, die die Tätigkeit der internationalen Arbeiterhilfe begrüßt und den Beitritt des Verbandes zur Roten Hilfe verlangt.

Seyler (Niederlahnstein) schildert die Verhältnisse im besetzten Gebiet, insbesondere in der französischen Zone und legt folgende Entschließung vor:

Der Verbandstag wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen jene Bestrebungen im französisch besetzten Gebiet, die darauf hinausgehen, Teile des Deutschen Reiches von diesem abzutrennen, da eine solche Abtrennung naturnotwendig eine Schwäche der Aktionskraft der Arbeiterschaft bedeutet. Die Delegierten sprechen den im Abwehrkampf gegen die separatistischen Pläne stehenden Arbeitern ihre wärmste Sympathie aus. Sie fordern, daß alle möglichen Schritte getan werden zur Rückkehr der ausgewiesenen Funktionäre der Gewerkschaften und zur Freilassung der im Gefängnis Schmachtenden.

Nawrocki (Berlin) begründet eine Entschließung, die Einspruch erhebt gegen statutenwidriges Vorgehen von Ortsverwaltungen, insbesondere der Ortsverwaltung Berlin, die seit August 1923 keine Generalversammlung mehr einberufen und die im Herbst 1923 fällige Neuwahl der Hälfte der Ortsverwaltung bisher nicht vorgenommen habe. Der Redner richtet dabei scharfe Angriffe gegen die Kollegen Zisla und Urich. Der Hauptvorstand müsse beauftragt werden, den Sanitäter in Berlin auszukehren.

Bezirksleiter Wolf (Essen) verteidigt sein Verhalten bei der Unterschrift des Protokolls der Berliner Verhandlungen. Eine solche Unterschrift sei nicht rechtsverbindlich, sondern rechtsverbindlich sei ein solcher Vertrag erst, wenn die Kollegen zugestimmt hätten. Selbst Organe der Unternehmer und der Hirsch-Dunckerschen, auch das Reichsarbeitsministerium hätten anerkannt, daß allein der Deutsche Metallarbeiter-Verband das betreffende Abkommen abgelehnt habe.

Zisla (Berlin) weist die Angriffe Nawrocks zurück und stellt fest, daß die ordnungsmäßige Durchführung der Generalversammlung im August von der Opposition, die dort nicht die Mehrheit hatte, durch endlose Geschäftsordnungsdebatten unmöglich gemacht wurde. Die Generalversammlung habe daraufhin beschlossen, das von Walcher und Genossen dort vorgebrachte Anklagematerial zu prüfen und dem Hauptvorstand zur Entscheidung zu unterbreiten; vorher sollte eine weitere Generalversammlung nicht stattfinden. Leider sei das Material erst von einem der 26 Bezirke in Berlin eingegangen.

Schumann (Merseburg) wendet sich gegen die Ausführungen Graßmanns. Wenn der ADGB gegen den Ausnahmezustand und das Ermächtigungsgesetz sei, dann müsse er auch Stellung nehmen gegen die Abgeordneten, die als Mitglieder der Gewerkschaften nicht gegen das Ermächtigungsgesetz gestimmt hätten. (Zustimmung bei der Opposition.) Zu der Frage: Moskau oder Amsterdam? erklärt der Redner seine Stellungnahme wie folgt: Wenn ich auf der einen Seite eine große politische Bewegung sehe in einem Riesenlande mit zurückgebliebenen Verkehrseinrichtungen, zurückgebliebener Wirtschaft, zurückgebliebener Bildung der Arbeiterklasse, zurückgebliebener Technik, und wenn ich sehe, daß dies ungeheure Land mit seinen 150 Millionen Menschen in den Händen der siegreichen Arbeiterklasse ist — auf der andern Seite die Amsterdamer Internationale sehe, die von einem ihrer Mitglieder im Vorstand, Edo Fimmen, folgendermaßen charakterisiert wird: Die Amsterdamer Internationale hat versagt, weil sie die Arbeiterschaft informatisch im Geiste der Arbeitsgemeinschaft und der Bourgeoisie und nicht im unerbittlichen Kampf gegen die Bourgeoisie erzieht; sie hat versagt, weil sie ein lockerer Bund nationaler Organisationen ist, von denen jede die Interessen ihres kapitalistischen Vaterlandes höher stellt als die Interessen des internationalen Proletariats." (Hört, hört!) Wenn ich mich nun zu entscheiden habe, lieber Kollege Graßmann, dann gehe Du zu denen, die die Interessen ihres kapitalistischen Vaterlandes höher stellen als die Interessen des internationalen Proletariats. Ich entscheide mich für die andern, die die Interessen des internationalen Proletariats über die kapitalistischen stellen. (Lebhafte Zustimmung bei der Opposition.) Im übrigen bekenne ich mich offen dazu, daß wir als deutsche KPD nur eine Sektion der Kommunistischen Internationale sind. Nicht weil wir einen neuen Papst in Moskau brauchen, sondern weil wir aus den Beschlüssen des internationalen Kongresses 1907 in Stuttgart gesehen haben, daß durch eine solche

Lockerung und Teilung in nationale Organisationen der internationalen Arbeiterbewegung nicht gedient

werden kann. Zum Schluß befürwortet der Redner eine Entschließung gegen die Gewerkschaftsspaltung, die gegen die Beschlüsse des Bundesausschusses gegenüber den Oppositionellen in den Gewerkschaften protestiert und an alle Proletarier appelliert, sich den freien Gewerkschaften anzuschließen, um diese zu machtvollen Organen des Klassenkampfes zu machen. (Lebhafter Beifall bei der Opposition.)

Donath (Dessau): Es ist eine Begriffsverwechslung, wenn Schumann jeden Kritiker des Verbandes für einen Kommunisten hält. Wir bekämpfen keinen Kommunisten im Metallarbeiter-Verband, wir bekämpfen nur disziplinwidrig handelnde Mitglieder. (Lebhafte Zustimmung.) Wir wollen nicht eine Internationale, die von einer Handvoll Diktatoren regiert wird. Diese Diktatoren in Rußland sperren die russischen Sozialisten in Gefängnisse, foltern sie und richten sie hin. (Sehr wahr!) Kollege Schumann, Du kannst nur entweder ein Diener der Moskauer Exekutive oder ein treues Verbandsmitglied sein. Wenn Du Dich nach den Grundsätzen einer Partei richtest, die Parolen herausgibt, wie die Gewerkschaften durch Zellenbildung zu unterminieren sind, so kann Dein Platz nicht im Metallarbeiter-Verband sein. In der weiteren Polemik gegen die kommunistischen Sprecher weist der Redner unter lebhafter Zustimmung der Mehrheit darauf hin, daß die angebliche Aufklärungsarbeit der Kommunisten draußen ganz anders aussieht als hier auf dem Verbandstag. Sie bestehe draußen vor allem in der Herabsetzung der Führer der Gewerkschaften. Die Disziplin, deren sich die Kommunisten rühmen, bestehe in ihrem disziplinwidrigen Benehmen innerhalb der Gewerkschaften. Zum Schluß legt der Redner an Hand von Dokumenten dar, daß die internationale Hilfe von den Kommunisten für Parteizwecke gebraucht wurde.

Weiter kommen am Vormittag noch zum Wort als Vertreter der Jugendlichen Krüger (Berlin) und Böchel (Chemnitz), der sich insbesondere dafür einsetzt, daß die Metallarbeiter-Zeitung und die Betriebsräte-Zeitschrift wieder in ihrem früheren Umfang erscheinen.

In der Nachmittagssitzung werden die Schlußworte der Geschäftsberichterstatter entgegengenommen.

Dißmann, als Berichterstatter der Vorstandstätigkeit, stellt zunächst gegenüber dem Vertreter des Verbandsausschusses, Kollegen Weißig, fest, daß keine Rede davon sein könne, daß der Vorstand bestrebt sei, die Rechte des Ausschusses zu verkümmern. Gewisse Meinungsverschiedenheiten ergeben sich ganz naturgemäß daraus, daß der Ausschuß die Beschwerdeinstanz gegenüber dem Vorstand darstellt und dem Verbandstag weniger zu berichten hat über Fälle, bei denen sich Vorstand und Ausschuß in Übereinstimmung befanden, sondern daß die Fälle auf der Generalversammlung zur Entscheidung stehen, wo diese Übereinstimmung nicht erzielt wurde. Im übrigen sei ein kollegiales Verhältnis zwischen beiden Verbandsstellen nur erwünscht. Doch habe nach den Beschlüssen früherer Verbandstage der Vorstand zweifellos das Recht, wenn er glaube, aus zwingenden Gründen einer Entscheidung des Ausschusses nicht beitreten zu können, seine eigene Entscheidung als die bis zum nächsten Verbandstag geltende zu betrachten.

Dißmann stimmt namens des Vorstandes dem Antrag Seyler gegen die Gewaltmaßnahmen im besetzten Gebiet bei. Die Pflicht, für die Jugendlichen, für die Bildungsarbeit das Möglichste zu tun, erkenne der Vorstand durchaus an. Sobald die finanzielle Möglichkeit irgendwie gegeben sei, werde die MZ und die Betriebsräte-Zeitschrift wieder im alten Umfange erscheinen. Zu den von Sickert vorgebrachten Streitigkeiten zwischen Stuttgarter Ortsverwaltung, Bezirksleitung und Verbandsleitung sei zu bemerken, daß der Vorstand aus tiefstem Herzen wünsche, daß es endlich gelingen möge, am Sitz des Verbandes ein kameradschaftliches Verhältnis herbeizuführen. Die Oppositionsredner behaupteten, sie arbeiteten mit allen Mitteln daran, die Kollegen im Verbande zu halten. Es kann doch aber von einer Werbearbeit für den Verband da nicht gesprochen werden, wo die Kritik sich in maßlosen Übertreibungen ergehe und alles, was geschehe, herunterzerre. (Sehr richtig!) Wenn auch die soziale Verelendung trotz aller Kämpfe der letzten Jahre zugenommen habe, so müsse man sich doch fragen, was aus den deutschen Arbeitern geworden wäre, wenn sie in dieser Zeit die Gewerkschaften nicht gehabt hätten. (Sehr gut!) Dißmann wendet sich gegen eine Erklärung des Vorstandes des Bergarbeiter-Verbandes im Kasseler Volksblatt, worin behauptet wird, daß das von Dißmann im Geschäftsbericht kritisierte Arbeitszeitabkommen im Bergbau auch die Zustimmung des Vertreters des DMV gefunden habe, sowie in einer Konferenz in Hannover die Zustimmung der Vertreter des Vorstandes des DMV und seines Gauvertreters. Sowohl der Bezirksleiter Scheffler wie der Vorstand haben dem Tarifabkommen im Bergbau nicht zugestimmt. Die Leistung der notwendigen Überstunden habe der Vorstand dagegen nie verweigert. Das habe aber mit einer festen Verlängerung der Arbeitszeit nichts zu tun. Was die Auflösung der Betriebsrätezentrale betrifft, so werde es sich an der deutschen Arbeiterbewegung noch einmal bitter rächen, wenn den Betriebsräten nicht größte Aufmerksamkeit und Förderung auch für die Zukunft zu teil werde. (Sehr richtig!) Die Hauptrolle in der Debatte habe die Frage der Disziplin im Verbande und seine Geschlossenheit gespielt. Wenn dabei von allen Seiten die Notwendigkeit der Einigung betont werde, so sei es doch ein tragisches Geschick, daß man sich trotzdem immer weiter verteile. Die Schuld liege vor allem daran, daß die Stellung der Kommunisten keine eindeutige sei, weil sie auf der einen Seite auf Grund von Parteiinteressen mit Gegnern der freien Gewerkschaften, Unionisten usw. paktierten und anderseits Mitglieder der freien Gewerkschaften seien. Wenn Höllein gesagt hat: „Wo gehobelt wird, fallen auch Späne, das ist eben der Klassenkampf," so verstehen wir unter

Klassenkampf den Kampf, den die Arbeiterklasse gegen den Klassengegner führt.

(Lebhafte Zustimmung.) Es ist ein Zeichen des furchtbaren Grades der geistigen Verwirrung, wenn man im Meinungskampf den Klassengegner nicht mehr unterscheiden kann vom Klassengenossen. (Erneute lebhafte Zustimmung.) Die Entlassung von Ortsverwaltungsmitgliedern, die ihre Funktionen gewissenhaft ausführen, durch eine kommunistische Mitgliedschaft nur wegen ihrer Parteizugehörigkeit, kann unmöglich hingenommen werden. Es ist Pflicht des Vorstandes, darauf zu achten, daß die Funktionäre des Verbandes nicht der Spielball jeweiliger Launen der Mitgliedschaft würden. (Sehr richtig!) Nun habe man gesagt, der Vorstand wolle die Opposition gewaltsam aus dem Verbande herausbringen. Bisher habe der Vorstand die weitgehendste Langmut und Geduld gegenüber der Opposition bewiesen. Zu der Entschließung 607 sei das Notwendige zu dieser Frage gesagt. Die Entschließung fordert Solidarität und Disziplin im Kampf gegen das Unternehmertum. Sie betont das Recht jedes Mitgliedes, nach seiner freien Überzeugung zu wirken im Rahmen des Statuts und der Verbandstagsbeschlüsse und fordert schließlich nur besonders:

A. Die Wahl der Betriebsräte muß nach einheitlicher freigewerkschaftlicher Kandidatenliste erfolgen.
B. Eine Organisation innerhalb der Organisation ist unzulässig und mit den Verbandsinteressen unvereinbar.
C. Kein Mitglied darf im Verband eine Tätigkeit ausüben nach Anweisungen von Stellen, die außerhalb der Organisation stehen.
D. Für die Einberufung von Gewerkschaftsversammlungen und Kongressen, Betriebsrätekonferenzen, Ortsausschüssen des ADGB usw. sind zuständig die in den Statuten der Gewerkschaften vorgesehenen Organe.

Wer diese Richtlinien, fährt Dißmann fort, und überhaupt die vom Verbandstagen, vom Vorstand und Beirat gefaßten Beschlüsse mißachtet, muß damit rechnen, daß gegen ihn die statutarischen Bestimmungen angewendet werden. Die Entschließung enthält eine

ernste Warnung und eine letzte Warnung des Verbandstages.

Wer trotzdem solche Beschlüsse weiter mit Füßen tritt, bekundet damit, daß er kein Interesse daran hat, noch länger Mitglied des Verbandes zu sein. (Sehr wahr!) Wenn Schumann gesagt hat, ich hätte keinen Weg gezeigt, wie wir aus den Schwierigkeiten herauskommen, so verweise ich auf die Entschließung 608 von Metz und Genossen, die in ihrem letzten Absatz sagt:

Diese vorgezeichnete Entwicklung zusammen mit der heftig auftretenden akuten Sanierungskrise wirkten dahin, die Arbeiter und Angestellten in die Defensive zu drängen. Trotz alledem braucht sich das Proletariat nicht als wehrlos zu erklären. Es ist

nur der einzelnen Organisationen, sondern auch der freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen, den Widerstand gegen die sozial- und wirtschaftspolitische Reaktion zu organisieren. Hierzu bedarf es in erster Linie der engsten Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte, unter Ablehnung jeder Arbeitsgemeinschaft mit den Klassengegnern der Schaffung einer vom Geist brüderlicher Kameradschaft beseelten Einheitsfront, die auf dem Boden des Klassenkampfes sich zusammenfindet. Um aber dem sich immer stärker zu Riesenkonzernen zusammenballenden Kapital schlagkräftig gegenüberzustehen, ist die Schaffung starker Industrieverbände als Vorläufer noch umfassenderer Organisationsgebilde auch auf Arbeitnehmerseite ein zwingendes Gebot. Die Betriebsrätebewegung erfordert auch für die Zukunft die größte Aufmerksamkeit und Förderung. In dem Kampf um die Zurückeroberung der verlorenen Machtpositionen in der bürgerlichen Gesellschaft werden gleichzeitig die Kräfte geschaffen und geschult, die dazu berufen sein werden, durch die völlige Umwälzung der herrschenden Wirtschafts- und Staatsform in der klassenlosen Gesellschaft der Zukunft den Sozialismus zur Durchführung zu bringen.

Es ist, sagt Dißmann zum Schluß, behauptet worden, die Gewerkschaften hätten 60 bis 70 v. H. ihres Bestandes verloren. Demgegenüber stelle ich fest, daß der Verband Ende 1922 rund 1 600 000 Mitglieder gehabt hat und im letzten Quartal 1923 noch 1 287 434. Der Redner empfiehlt, in nächster Zeit eine

Werbewoche für den Verband

im ganzen Reich zu veranstalten. (Bravo!) Nach dem Abschluß des Verbandstages müsse es heißen: Jetzt hat der Verbandstag entschieden, jetzt kommt es darauf an, in Sturm und Drang und Wetterbrausen sich auf die eigene Kraft zu stellen und allen Schwierigkeiten zum Trotz zu versuchen, die Zukunft zu meistern:

Merkt es euch: In allen Dingen
Verlaßt euch auf euch selbst! Erwartet nicht
Von irgendwo das Welterlösungslicht!
Soll diese Welt zum Besseren gedeihen,
Dann müßt ihr euch selbst befreien!

(Stürmischer Beifall.)

Weißig, der Vorsitzende des Ausschusses, kommt in seinem Schlußwort nochmals auf die Differenzen zwischen Vorstand und Ausschuß zu sprechen. Er kritisiert insbesondere, daß der Vorstand in gewissen Fällen sein Urteil auf Grund der Anklageschrift und nicht des Beweisergebnisses gefällt habe und betont erneut seinen Standpunkt, daß nach dem Statut die Entscheidungen des Ausschusses bis zur Generalversammlung rechtsgültig seien. Zum Schluß spricht sich der Redner dafür aus, daß das Erscheinen der Betriebsräte-Zeitschrift eingestellt werden solle und deren Aufgabe und Stoff der Metallarbeiter-Zeitung zuzuweisen sei, die zu diesem Zwecke in ihrem früheren Umfange zu erscheinen habe.

Schlußrede der Schriftleitung

Kollege Kummer als Berichterstatter der Schriftleitung geht zunächst auf die Anregungen bezüglich der Jugendzeitung ein. Es sei nicht notwendig, mit Vorschlägen über die Ausgestaltung dieses Blattes bis zum Verbandstag zu warten, sondern sie könnten jederzeit schriftlich gemacht werden. Kollege Haase, der sich ehrlich abmühe, das Blatt der Jugend unterhaltend und belehrend zu machen, sei sicherlich für jeden guten Vorschlag sehr dankbar. In der schwierigen Sache der Jugendbildung sei jede Anregung erwünscht. In den Anträgen, fährt Kollege Kummer fort, die zur Metallarbeiter-Zeitung gestellt sind, heißt es neben ähnlichem, daß in ihr eine „einseitige", eine „geradezu schändliche", eine „verleumderische Schreibweise" vorherrsche, daß „in jeder Nummer Hetzartikel und unflätige Beschimpfungen der eigenen Klasse" enthalten seien. Ich habe gestern dringend gebeten, die Vertreter dieser Anträge möchten hier den Beweis für diese Behauptungen vorlegen. Kein einziger Redner hat dies auch nur versucht. (Hört, hört!) Ich stelle dies fest. In der hier vorgelegten Entschließung der kommunistischen Fraktion wird behauptet, daß die Metallarbeiter-Zeitung „direkt konterrevolutionär und verbandsschädigend" sei, daß sie durch ihre Schreibweise „die eine Hälfte der Mitgliedschaft auf das schwerste beleidigt und provoziert", ja gar „die Geschlossenheit des Verbandes zerstört" habe. Ich habe gestern an dieser Stelle ausdrücklich gebeten, auch für diese Behauptungen den Beweis vor dem Verbandstag anzutreten. Mit keinem Wort ist dies von einem der kommunistischen Redner geschehen. Ich stelle dies vor dem Verbandstag fest.

Die Schriftleitung hat der Kritik der Zeitung durch den Verbandstag nicht nur gerne entgegengesehen, sondern sie geradezu gewünscht, weil sie hoffte, dabei Fingerzeige für die Verbesserung des Inhalts zu erhalten. Aber nach alledem, was hier über die Zeitung gesagt wurde, kann die Schriftleitung nur annehmen, daß allseitig von ihr gewünscht wird, so weiter zu wirken und zu schreiben wie bisher. Die weitere Verbesserung der Zeitung wird sich die Schriftleitung selbstverständlich angelegen sein lassen. Es ist einleuchtend, daß die Schriftleitung, vor der der hier gepflogene Meinungsstreit tagtäglich, stündlich in Gestalt von Zuschriften vorüberzieht, die ihn ununterbrochen durchzudenken und darüber so oder so zu entscheiden hat, auch hier manches dazu sagen möchte. Doch können wir uns das hier sparen, da wir ja jede Woche mit der Gesamtmitgliedschaft mittels der Zeitung reden können. Und wie die Aussprache zeigt, ist noch über vieles zu reden, über manches mehr Klarheit zu verbreiten. In dieser Hinsicht werden wir uns natürlich auch weiterhin noch mehr als in der Vergangenheit befleißigen, unsere Pflicht zu erfüllen, damit die Zeitung noch mehr die Stürmerin und Drängerin der Metallarbeiter wird. (Lebhafter Beifall.)

Handke stellt gegenüber der Erklärung des Bergarbeiter-Verbandes als Vertreter des DMV auf der Konferenz in Hannover ebenfalls fest, daß er seine Zustimmung zur beabsichtigten Verlängerung der Arbeitszeit im Ruhrbergbau nicht gegeben habe.

Nach einer ganzen Reihe weiterer persönlicher Bemerkungen erfolgt die

Abstimmung über die vorliegenden Anträge.

Dem Kassierer wird einstimmig Entlastung erteilt. Die Entschließung Metz und Genossen, die dem Vorstand das Vertrauen ausspricht und grundsätzlich die Taktik des Verbandes für die nächsten zwei Jahre festlegt, wird mit 259 Stimmen angenommen. Die Entschließung der (kommunistischen) Opposition, die für den Vorstand ein Mißtrauensvotum enthält, wurde gegen 138 Stimmen abgelehnt. Mit großer Mehrheit wird die Entschließung Brandes zur Sozialpolitik angenommen. Eine weitere Entschließung der Opposition, die der Redaktion ein Mißtrauensvotum aussprechen will, wird mit großer Mehrheit abgelehnt. Zu einer Entschließung der Opposition, die den Ausschluß der Mitglieder des Verbandes durch die Generalversammlung verlangt, die als Reichstagsabgeordnete dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt haben, erklärt der Vorsitzende Reichel, daß über diese Entschließung nicht abgestimmt werden könne, weil das eine Durchbrechung des im Statut festgelegten Rechtsverfahrens bedeuten würde. Der Verbandstag könne unmöglich einen solchen Beschluß fassen, ohne daß die Angeschuldigten sich hätten verteidigen können. Daraufhin ändert Höllein die Entschließung dahin ab, daß nicht der Ausschluß, sondern die Einleitung des Ausschlußverfahrens gegen die betreffenden Mitglieder verlangt wird. Der Vorsitzende Reichel erklärt eine solche Abänderung nach Schluß der Aussprache für unmöglich, was bei der Opposition lebhaften Protest hervorruft. Jedoch entscheidet die Mehrheit im Sinne Reichels. Damit ist der Antrag erledigt.

Eine Entschließung der Opposition gegen den weißen Terror empfiehlt Reichel durch bereits gefaßte Beschlüsse für erledigt zu erklären. Der Verbandstag sei übrigens einig in der Verurteilung des weißen Terrors, aber der Wortlaut der Entschließung enthalte einige Sätze, denen viele Delegierte nicht zustimmen könnten. Da die Opposition auf Abstimmung besteht, wird die Entschließung mit großer Mehrheit abgelehnt. Einstimmig angenommen wird dagegen die von Seyler (Niederlahnstein) vorgelegte Entschließung gegen die Gewaltmaßnahmen im besetzten Gebiet.

Auch bei einer Entschließung der Opposition, die eine Sympathieerklärung für die Internationale Arbeiterhilfe und den korporativen Beitritt des Verbandes zur Roten Hilfe verlangt, erklärt Reichel, daß der Verbandstag zwar einig sei in der Unterstützung jedes Hilfswerkes, das Not und Elend der Arbeiterschaft irgendeines Landes zu lindern geeignet sei, daß aber der Wortlaut der Entschließung im einzelnen, der u. a. einen Angriff gegen den Vorwärts enthalte, von seinen Freunden nicht angenommen werden könne. Da eine Verständigung über getrennte Abstimmung der verschiedenen Absätze der Entschließung nicht zustande kommt, wird über die ganze Entschließung namentlich abgestimmt und mit 254 gegen 142 Stimmen abgelehnt, was von der Opposition mit heftigen Äußerungen des Mißfallens beantwortet wurde. Worauf Dißmann unter stürmischer Zustimmung der großen Mehrheit des Verbandstages erklärt, daß diese ehrlich bemüht sei, in allen Fragen einmütige Beschlüsse zustande zu bringen, daß sie sich aber nicht auf das Spiel einlassen werde, daß ihr ein arbeiterfeindlicher Charakter dadurch aufgestempelt werde, daß man sie zwinge, gewisser unannehmbarer Sätze wegen Entschließungen der Opposition, über die sonst Einigkeit herrsche, abzulehnen. Der Antrag zur Erwerbslosenfrage wird hierauf mit großer Mehrheit dem Vorstand zur Berücksichtigung übergeben.

Um jede falsche Auslegung der Abstimmungen über die Entschließungen gegen den weißen Terror und zur Roten Hilfe auszuschließen, wurde später folgende Willenskundgebung einstimmig beschlossen:

Der gegen die Arbeiterklasse wirtschaftlich und politisch ausgeübte Terror (unter anderm Belagerungszustand, Partei-, Versammlungs-, Zeitungs- und Streikverbote, Verhaftung von Streikführern, Schutzhaft und Klassenurteile schlimmster Art bis zu Todesstrafen durch Sondergerichte) fordert nicht nur zum schärfsten Protest heraus, sondern zwingt die gesamte Arbeiterklasse und ihre Organisationen, alle proletarischen Kräfte im Kampf gegen die Klassenherrschaft der Bourgeoisie zusammenzufassen, um deren Diktatur zu beseitigen und dem Proletariat seine Rechte zu sichern. Der Verbandstag fühlt sich eins mit dem Vorstand, in diesem Sinne mit allen Kräften zu wirken.

Der Verbandstag betont seine Sympathie gegenüber den sozialen Hilfsorganisationen des Proletariats, die in der Internationalen Arbeiterhilfe sowie der Arbeiterwohlfahrt zum Ausdruck kommen, um den in schwerster Bedrängnis befindlichen Arbeitern die proletarische Klassensolidarität und Hilfe zu leisten.

Sodann wurden einstimmig der Antrag Böchel auf Wiederaufbau unserer Presse sowie der Antrag auf Veranstaltung einer Werbewoche zur Gewinnung neuer Mitglieder vom 25. bis 31. März angenommen. Eine große Reihe Anträge zum Geschäftsbericht aus der gedruckten Vorlage werden dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen. Damit sind um 10 Uhr abends am vierten Verhandlungstage die Geschäftsberichte erledigt. Es schließt sich noch eine geschlossene Sitzung an, in der Schäfer über die Finanzlage des Verbandes berichtet.

Der fünfte Verhandlungstag

Die Vormittagssitzung wurde im wesentlichen ausgefüllt durch den Vortrag und die Aussprache über den internationalen Metallarbeiterkongreß in Wien.

Reichel hebt die Wechselwirkung von Wirtschaft und Politik hervor, die die Gewerkschaften aller Länder zwinge, auch zu großen politischen Problemen, wie dem Versailler Friedensvertrag, Stellung zu nehmen. Die Zusammenballung der Industrie zu internationalen Konzernen bestimme auch die von der Arbeiterschaft international einzuschlagende Taktik. Die wichtigste Aufgabe sei der Wiederaufbau der im Kriege zerrissenen und geschwächten Landesorganisation und die Wiedervereinigung der verschiedenen Internationalen zum gemeinsamen Kampf gegen das Kapital. Ein Fehler sei es gewesen, daß die Moskauer Internationale ihren Sitz in einem industriell und kulturell unentwickelten Lande erhalten habe, so daß ihre Leiter zu falschen Schlüssen über die Lage kommen müssen (Sehr richtig!). Die von Rußland herausgegebenen Parolen seien ausschließlich auf russische Bedürfnisse zugeschnitten. Die starre Auffassung, von der die Parolen der Roten Internationale ausgingen, haben in ihrer Verkennung der ökonomischen Kräfte der einzelnen Länder und der Wirksamkeit der Arbeiterorganisation eine ungeheure Schädigung der Arbeiterbewegung hervorgerufen. Im Gegensatz dazu lasse die Amsterdamer Internationale den Landesorganisationen eine gewisse Freiheit der Entschließung und der Betätigung. Der Redner erinnert an die Beschlüsse des internationalen Gewerkschaftskongresses in Rom in bezug auf die Maßnahmen zur Vermeidung künftiger Kriege. Mit der Frage der

Verweigerung der Herstellung von Kriegswaffen

habe sich auch der internationale Metallarbeiterkongreß in Luzern beschäftigt und eine Entschließung in diesem Sinne angenommen. Dieser Beschluß konnte allerdings nicht in allen angeschlossenen Ländern voll verwirklicht werden. Die Ergreifung der Initiative zur Abrüstung von der englischen Arbeiterregierung sei ein Niederschlag der Beeinflussung durch die Internationale. Eine dringende Aufgabe der Internationale sei die Abwehr des Faszismus. Notwendig sei ein Zusammenschluß der vielen bestehenden englischen Metallarbeiterorganisationen. Der Anschluß des russischen Metallarbeiterverbandes an unsere Eiserne Internationale sei so lange nicht möglich, als die russischen Kollegen der Moskauer Internationale angeschlossen seien. Die Neugestaltung der Wirtschaftsordnung im Sinne des Sozialismus und die Herbeiführung eines in den Herzen der Menschen verankerten Friedens zwischen den Völkern, das seien die großen Ziele der Amsterdamer Internationale. (Lebhafter Beifall.)

Höllein: Die Amsterdamer Internationale habe deshalb versagt, weil sie sich auf den Boden des Reformismus stelle, anstatt den Kampf gegen die Bourgeoisie mit allen Mitteln durchzuführen. Die Amsterdamer Internationale sei ein Redeklub, der schöne Papierresolutionen fabriziere (Heiterkeit), während die Rote Internationale ihre Aufgabe darin sähe, das Proletariat zu mobilisieren und zum Kampf zu führen mit allen Mitteln

bis zur Aufrichtung der Diktatur des Proletariats.

Mit juristischen Kniffen suche man die Aufnahme der russischen Metallarbeiter und der revolutionären Metallarbeiter Frankreichs in die Eiserne Internationale zu verhindern. Dabei habe nur die Rote Internationale praktisch den Kampf gegen den französischen Imperialismus geführt. (Jäger: Was hat sie bei der Ruhrbesetzung getan?) Wer hat diplomatisch (Große Heiterkeit bei der Mehrheit) eingewirkt? Wer hat versucht, den Kampf auch in Frankreich und Belgien zu organisieren? Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen erklärt der Redner, daß seine Freunde bereit wären, auf die selbständige internationale Organisation der revolutionären Metallarbeiter zu verzichten unter der Voraussetzung, daß dann die Aufnahme der russischen und der französischen revolutionären Metallarbeiter erfolge. Es bestehe überhaupt keine rote Metallarbeiterinternationale, sondern lediglich internationale Propagandakomitees. Der Verbandstag solle dem Vorstand den bestimmten Auftrag erteilen, alle Vorbereitungen zu treffen, damit in Wien eine Internationale zustande komme, die mit Recht den Namen „Eiserne Internationale" tragen könne. (Beifall.)

Böchel (Chemnitz): Wenn man die Front der Gegner durch Reden erschüttern könnte, dann hätten Höllein und seine Freunde einen umfassenden Sieg errungen. (Sehr gut!) Wenn Höllein gefragt habe, was die Amsterdamer Internationale geleistet habe, so sei daran zu erinnern, daß der gegen Horthy-Ungarn verhängte Boykott aufs schärfste durchgeführt worden sei in Österreich, wo es keine Kommunisten gebe. Weiter sei zu erinnern an das mannhafte Auftreten der englischen Vertreter gegenüber dem Ultimatum, das die englische Regierung damals nach Rußland schickte, sowie an die Unterbindung des Waffentransports nach Sowjetrußland, die verhinderte, daß Rußland damals dem Ansturm der Weißgardisten erlag. Gerade Lenin habe der Amsterdamer Internationale den Dank für diese Aktion ausgesprochen. (Zuruf: Davon weiß Höllein nichts!) Gerade da, wo eine Überschätzung der vorhandenen Kräfte durch revolutionäre Reden nach der Art Hölleins hervorgerufen worden sei, habe der

Faszismus seine stärksten Erfolge errungen,

wie in Italien, in Ungarn und Bayern. (Sehr richtig!) Eine gemeinsame Aktion könne nur erzielt werden unter Wahrung der Grundsätze, die sich die Internationale Organisation der Metallarbeiter gegeben habe, ihres Statuts und der Disziplin. (Lebhafter Beifall.)

Der Internationale Sekretär Jäger (Bern) legt gegenüber Höllein dar, daß es nicht die Schuld des Internationalen Metallarbeiterbundes sei, wenn ihm die russischen Metallarbeiter nicht angehören. Schon 1920 sei die freundschaftliche Einladung ohne jede Bedingung an den russischen Metallarbeiterverband ergangen, dem Internationalen Metallarbeiterbund beizutreten. Darauf sei im Laufe eines halben Jahres keinerlei Antwort erfolgt. (Hört, hört!) Inzwischen seien die berühmten 21 Punkte von Moskau herausgekommen und die politische und die gewerkschaftliche Rote Internationale gegründet worden. Dann habe das Zentralkomitee des Bundes entschieden, daß eine Landesorganisation nicht zugleich zwei verschiedenen Internationalen angehören könne. Wenn die Internationale eine erfolgreiche Tätigkeit entfalten solle, dann müßten ihr zunächst die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Wenn alle Kräfte in den Landesorganisationen eingesetzt werden, müsse das Ziel der Schaffung einer starken Internationale erreicht werden. (Beifall.)

Jäckel (Berlin) erklärt für die USP-Fraktion, daß seine Freunde auf dem Boden der Amsterdamer Internationale ständen.

In seinem Schlußwort betont Reichel gegenüber Höllein, daß von einer Aufnahme der französischen Gruppe in den Internationalen Metallarbeiterbund auch bei Auflösung der roten Propagandakomitees keine Rede sein könne, bevor sich nicht die abgesplitterte Gruppe wieder mit der Mutterorganisation in Frankreich vereinigt habe. Eine von Reichel zu diesem Punkt vorgelegte Entschließung wird angenommen. Dann wurde der Bericht der Beschwerdekommission entgegengenommen. Eine längere Aussprache entspann sich über die Beschwerde des Bevollmächtigten Oberdörfer (Opladen) über seinen Ausschluß. Die Beschwerdekommission empfahl nur die Erteilung einer Rüge. Schließlich wird in namentlicher Abstimmung mit 245 gegen 143 Stimmen der Ausschluß bestätigt.

In der Nachmittagssitzung werden weitere Beschwerden erledigt. Unter anderm wurden bestätigt die Ausschlüsse von Schröter (Zeitz) und Faber (Hamburg), dieser in namentlicher Abstimmung mit 241 gegen 138 Stimmen. Hierauf wurden die Diäten für die Bezirke und die Gehälter der Angestellten geregelt. Die letzteren wurden durch einstimmigen Beschluß auf zwei Drittel der Friedensgehälter festgelegt mit der Maßgabe, daß Vorstand und Ausschuß beauftragt werden, die Friedenssätze wieder herzustellen, sobald es die Finanzverhältnisse erlauben.

Die Einführung der Verhältniswahl

wurde eingehend und zuweilen lebhaft erörtert. Sie wurde schließlich durch namentliche Abstimmung mit 231 gegen 154 Stimmen bei 16 Enthaltungen abgelehnt.

Am letzten Verhandlungstag

begann die Sitzung um 8 Uhr. In der Fortsetzung der Statutenberatung wurde nach Ablehnung des Antrags der Kommission, die Anteile der Lokalkassen für das erste Quartal 1924 auf 25 v. H. der Gesamtbeitragsleistung und vom zweiten Quartal an auf 20 v. H. festzusetzen, auch diese Frage an die Kommission zurückverwiesen. Der Antrag der Opposition, den besoldeten Verbandsvorstand von 11 auf 7 Mitglieder zu vermindern, wurde abgelehnt. Zwischendurch wird dann auf Verlangen der Statutenberatungskommission vom Plenum die prinzipielle Frage entschieden, ob die Kommission den Beitrag nach Alter und Beruf oder nach dem Stundenverdienst festsetzen soll. Mit großer Mehrheit wird ihr die Weisung erteilt, Alter und Beruf als Grundlage für die Beiträge zu nehmen. In namentlicher Abstimmung wurden die Ausschlüsse von Melcher (Stuttgart), Bensheid und Kieven (Remscheid), ohne namentliche Abstimmung die vom Zweiten Verbandstag noch nicht erledigten Ausschlüsse der an der von den Kommunisten einberufenen Reichskonferenz beteiligten Mitglieder Richard Müller, Rusch, Ziese (Berlin), Karl (Nürnberg) und Max Müller (Stuttgart) bestätigt.

Einen Antrag der Opposition, die Wiederaufnahme aller wegen ihrer oppositionellen Gesinnung ausgeschlossenen Mitglieder zu beschließen, empfiehlt Dißmann dem Vorstand zur Berücksichtigung zu überweisen. In der Fassung sei der Antrag nicht annehmbar, da im DMV niemand wegen seiner oppositionellen Gesinnung ausgeschlossen werde, sondern nur auf Grund bestimmter verbandsschädigender Handlungen. Er könne aber für den Vorstand erklären, daß, wenn die Wiederaufnahme ordnungsgemäß beantragt werde, der Vorstand das Material prüfen und, wenn irgend möglich, die Kollegen wieder aufnehmen werde.

Hierauf wird die Überweisung des Antrags an den Vorstand zur Berücksichtigung beschlossen.

Die Wahl des Vorstandes, der Schriftleitung und des Ausschusses ergibt die Wiederwahl der bisherigen Kollegen mit fast Zweidrittelmehrheit. Als Vertreter zum internationalen Kongreß in Wien werden bestimmt: Brümmer (Mannheim), Dißmann (Stuttgart), Freitag (Hagen), Kummer (Stuttgart), Metz (Frankfurt), Leopold (Kiel), Reichel (Stuttgart), Rößler (Halle), Timm (Breslau).

Die Statutenberatungskommission legt nunmehr in Sachen der Beiträge folgenden Antrag vor:

Die 1. Beitragsklasse (70 G.-Pf.) gilt für männliche Mitglieder nach vollendetem 20. Lebensjahr.

Die 2. Beitragsklasse (50 G.-Pf.) gilt für:
a) männliche Mitglieder vom vollendeten 18. bis zum vollendeten 20. Lebensjahr;
b) für ungelernte Lohnarbeiter (Hilfsarbeiter) nach vollendetem 20. Lebensjahr;
c) für weibliche Mitglieder mit höheren Verdiensten in besonderen Industrien.

Die 3. Beitragsklasse (30 G.-Pf.) gilt für:
a) weibliche Mitglieder nach vollendetem 20. Lebensjahr;
b) männliche Mitglieder (Ungelernte) vom vollendeten 16. bis zum vollendeten 20. Lebensjahre.

Die 4. Beitragsklasse (20 G.-Pf.) gilt für:
a) männliche Mitglieder unter 16 Jahren;
b) weibliche Mitglieder unter 20 Jahren.

Die 5. Beitragsklasse (10 G.-Pf.) gilt für Lehrlinge und Invaliden.
(Die Unterstützungssätze für die 4. Beitragsklasse werden im Verhältnis der Sätze der übrigen Beitragsklassen ermittelt.)

In dieser Form werden die Beiträge einmütig beschlossen. Mit der gleichen Einstimmigkeit wird bestimmt, daß der Anteil der Lokalkassen für das erste Vierteljahr 1924 20 v. H., vom zweiten Vierteljahr ab 20 v. H. betragen soll, jedoch mit der Weisung, daß wenn die finanziellen Verhältnisse und die Nöte der Verwaltungsstellen es bedingen, vom Vorstand auch für das zweite Vierteljahr 25 v. H. eingeräumt werden können. In Bezug auf die Unterstützungen erhalten Vorstand und Ausschuß die Vollmacht, entsprechend der mit der Wirtschaftslage zusammenhängenden Gestaltung des Finanzstandes des Verbandes Änderungen der im Statut vorgesehenen Unterstützungen vornehmen zu können.

Als Ort des nächsten Verbandstages wird Bremen bestimmt. Damit ist die Tagesordnung erledigt. Nach einem Schlußwort des Vorsitzenden Reichel, der die Arbeiten des Verbandstages würdigt und der Hoffnung Ausdruck gibt, daß die Beschlüsse, insbesondere die einmütig beschlossene Werbewoche, der Organisation eine sturmfeste Grundlage und reiche Erfolge bringen möge, wird der Verbandstag mit einem Hoch auf den Deutschen Metallarbeiter-Verband und die Internationale Metallarbeiterbewegung geschlossen. Der Verbandstag stimmt die Internationale an. Als diese verklungen, gehen die Delegierten (am Sonnabend Nachmittag um 3 Uhr) auseinander.

Der Kampf auf den Werften

W. In den bürgerlichen Zeitungen machen die Betriebsleitungen der Hamburger Seeschiffswerften bekannt, wann die entlassenen Werftarbeiter die Restlohnzahlung und die Entlassungspapiere in Empfang nehmen können. Auf allen Werften ist am schwarzen Brett den Arbeitern vor der Entlassung bekanntgegeben, wann diese rein technischen Maßnahmen zur Durchführung gelangen. Die Anzeige der Deutschen Werft zeigt dann auch ganz klar, was der Zweck sein soll: Er soll nichts anderes sein, als eine Beeinflussung der öffentlichen Meinung zuungunsten der Werftarbeiterschaft. Andernfalls wäre es nicht zu verstehen, wieso die Arbeitgeber in diesen Anzeigen davon sprechen, daß sie die Entlassungen haben vornehmen müssen, weil die Werftarbeiterschaft die tarifvertraglich festgesetzte Arbeitszeit trotz Ermahnung durch die Betriebsleitung nicht innegehalten habe. Wie sieht es mit dieser tarifvertraglichen Regelung aus?

Am 15. Dezember v. J. wurde ein Schiedsspruch gefällt, den die Arbeitgeberseite ablehnte. Dieser Schiedsspruch wurde am 3. Januar mit Wirkung vom Tage vorher verbindlich erklärt. Die Arbeitgeber taten nichts, um dieser Verbindlichkeit gerecht zu werden. Im Gegenteil, sie behaupteten, das Reichsarbeitsministerium hätte die Verbindlichkeit zu Unrecht erklärt, weshalb die Werftbesitzer prozessierten. Auch als dieser Prozeß zu ihren Ungunsten entschieden war, taten sie nichts, den Wünschen der Arbeiter gerecht zu werden. Dagegen wurden alle Hebel in Bewegung gesetzt, um diesen verbindlichen Schiedsspruch aus der Welt zu schaffen. Gegen den Willen der Gewerkschaft und ohne ihre Mitwirkung wurde am 18. Februar 1924 ein Schiedsspruch gefällt und unmittelbar darauf verbindlich erklärt. Man beachte: Dieselben Arbeitgeber, die sich mit hochtönenden Reden gegen „Zwangsmittel" wenden und dasselbe Reichsarbeitsministerium (RAM), das dem Wunsche der Arbeitgeber gemäß vor Zwangsmitteln zurückschreckt, glaubt den Wirtschaftskampf auf den Werften dadurch auszuschalten, daß es einige Wochen nach seiner ersten Stellungnahme einen neuen Schiedsspruch fällt, trotzdem die Arbeitervertretung von vornherein erklärte, an keiner Schiedsgerichtsverhandlung teilnehmen zu wollen, solange nicht die Arbeitgeber den durch die Verbindlicherklärung vom 3. Januar hergestellten Rechtszustand erfüllt haben. Wir fragen, ob dasselbe RAM oder der von ihm beauftragte Schlichter einen Schiedsspruch gefällt hätte, wenn statt der Arbeitervertreter die Arbeitgebervertreter an einer Schiedsgerichtsverhandlung nicht teilgenommen hätten. Wir glauben sagen zu können, daß dann diese Stelle einen Schiedsspruch für „zwecklos" angesehen hätte. Hinzu kommt noch, daß das RAM sonst immer peinlichst darauf bedacht ist, daß gemäß der geltenden Bestimmungen, vor der Verbindlichkeitserklärung beide Parteien zu hören und nach der Anhörung noch viel Zeit zur Überlegung braucht. Hier hat man nicht beide Parteien gehört, sondern, weil die Arbeitervertreter auf Grund des oben geschilderten Rechtszustandes wiederum ablehnen mußten, zu erscheinen, auch einseitig die Verbindlichkeit ausgesprochen. Man kann es deswegen den Gewerkschaften nicht verübeln, wenn sie auch ihrerseits sich vollauf berechtigt glauben, den so oft von Arbeitgeberseite eingenommenen Standpunkt mit vollstem Nachdruck zu vertreten: daß die Verbindlicherklärung des Schiedsspruches vom 18. Februar ungesetzlich und somit zu Unrecht erfolgt ist.

Aber immer wieder muß betont werden, daß es eine wirtschaftspolitische Unklugheit ist, in einer Zeit der Beschäftigungslosigkeit mehr Arbeit zu fordern. Gerade aus Schiffahrts- und Werftkreisen wird immer wieder betont, daß Neubauten bei dem Überfluß von Welttonnage nicht in Frage kämen, so daß unter diesen Umständen das Reparaturgeschäft für die Werften eine entscheidende Rolle spielt. Wenn arbeitgeberseits so oft betont ist, daß bei dem Reparaturgeschäft die Zeitkürze, in der der Auftrag ausgeführt wird, von großer Bedeutung sei, so muß dazu gesagt werden, daß auf den Werften bei den Reparaturen stets Überstunden von den Betriebsräten — auch von den kommunistischen — bewilligt worden sind. Es soll auch zugegeben werden, daß außer den von der gesetzlichen Arbeitervertretung der Betriebsleitung zugebilligten Überstunden gerade auf den Werften die Überstundenschieberei in einem Maße eingerissen hatte, daß die Gewerkschaften öffentlich gegen diesen Raubbau der Arbeitskraft Stellung genommen haben, und es soll auch festgehalten werden, daß auch Werftleitungen sich gegen das Unmaß von Überarbeit wegen ihrer Unwirtschaftlichkeit gewandt haben.

Zu Anfang dieses Aufsatzes wiesen wir auf die Anzeigen der Werften und ihren Zweck hin, aber diese Beeinflussung der Öffentlichkeit genügt den Werftbesitzern nicht. In den Hamburger Nachrichten wird am Dienstag den 4. März zum Kampf auf den Seeschiffswerften von „sachkundiger Seite" geschrieben: „Es muß durchaus bezweifelt werden, daß die Haltung der Gewerkschaften den Anschauungen und Wünschen der Arbeiter selbst entspricht. Zwar mag es noch viele geben, die in dem Achtstundentag ein Palladium erblicken, das mit allen Mitteln verteidigt werden muß..." Der Schreiber will damit sagen, daß der größte Teil der Arbeiter auf den Werften die neunte Stunde nicht verweigert hätte, wenn nicht die Gewerkschaften die strikte Parole herausgegeben hätten. Halten wir fest: Die Gewerkschaften haben die Parole herausgegeben. Das muß allen Anfeindungen gegenüber, die die Gewerkschaften von rechts und links erfahren, betont werden. Aber, warum haben die Gewerkschaften die Parole herausgegeben? Weil sie der Arbeiterschaft unter Wahrung des gewerkschaftlichen Mitbestimmungsrechts vorher Gelegenheit gegeben haben, über den verbindlichen Schiedsspruch abzustimmen. Wir wissen, daß manchen Werftarbeitern zunächst nicht einleuchten wollte, warum sie über diesen Schiedsspruch, dessen Unrechtmäßigkeit klar zutage liegt, noch abstimmen sollten; aber jetzt wird wohl allen ein Licht aufgegangen sein. Diese Abstimmung sollte Gelegenheit geben, einwandfrei festzustellen, wie sich die Mitgliedschaft der Werftbetriebe zu einer Verlängerung der Arbeitszeit stellt. Deswegen irrt der Gewährsmann der Hamburger Nachrichten. Der Arbeiter will nicht länger arbeiten, um durch einen Stundenmehrverdienst sein Einkommen zu bessern, sondern will in achtstündiger Arbeitszeit einen seinen Bedürfnissen entsprechenden Verdienst erzielen. Auch die Werftarbeiter werden erst dann bereit sein, die Verlängerung der Arbeitszeit auf sich zu nehmen, wenn sie in dem Kampf gegenüber den Kapitalisten unterliegen. Mit welcher Freudigkeit nach einem unterlegenen Kampf die Arbeiterschaft eine Verlängerung der Arbeitszeit auf sich nimmt, darüber mögen die maßgebenden Werftleiter Erkundigung einziehen bei ihren Berufskollegen von den Landbetrieben der Eisenindustrie. Wenn auch in den Hamburger Nachrichten, die sich den Artikel zweifellos von einem der maßgebenden Werftleiter haben schreiben lassen, betont wird, daß das Stilliegen sämtlicher deutscher Seeschiffswerften eine Tatsache von erheblichem öffentlichem Belang sei und daß auch für die Bedürfnisse des Hafens ein längerer Arbeitskampf keineswegs gleichgültig ist, so erkennen wir daraus wieder, daß die Arbeitgeber ihre Unterschätzung eingesehen haben. Sollte selbst dem deutschnationalen Werftleiter der Gedanke gekommen sein, daß die Arbeiterschaft den Deutschnationalen bei der Wahl die richtige Antwort geben wird?

•

Die neue Arbeiteruniversität

des Central Trades and Labour Council (Gewerkschaftskartell) des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes. Diese Einrichtung hat soeben ihr Programm veröffentlicht. Es wird darin die Behandlung folgender Stoffe vorgesehen: 1. Arbeiterorganisationen und Arbeitsprobleme. 2. Das Genossenschaftswesen. 3. Geschichts- und Wirtschaftslehre. 4. Öffentliche Rede und Rede im Parlament. 5. Soziale Kräfte in der amerikanischen Literatur. 6. Arbeit und Gesetz. 7. Der Kriegsweg.

Im letztgenannten Vortrag, der von George Soule, dem wirtschaftlichen Experten des Arbeitsamtes gehalten werden wird, werden die verschiedenen Forderungen der Arbeiter behandelt werden, ferner das Gewerkschafts- und Erziehungswesen, die industrielle Revolution usw. Endlich wird der Vortragende auf die Wege hinweisen, die zur Befreiung der Arbeiterklasse führen. Die neue Institution hat noch keine eigenen Gebäulichkeiten.

Aus dem Reichstag

Der Reichstag geht seinem natürlichen Ende zu. Durch die einigermaßen gelungene Stabilisierung der Währung ist den reaktionären bürgerlichen Parteien die Berechnung durcheinandergeworfen worden. Sie glaubten, in der ungeheuren Verwirrung des Währungszerfalls die Wahlen vornehmen und somit den marxistischen Arbeiterparteien eine Wahlniederlage bereiten zu können, die nachfolgenden vier Jahre hätten sie dann mit erhöhter Gewalt das Zepter gegen die Arbeiterschaft schwingen können. Die Entwicklung scheint aber etwas anders zu gehen. Die Arbeiterschaft durchschaut das Spiel des Bürgertums, was sich in einem gesteigerten Zulauf zu den Arbeiterparteien kundtut. Gewinnen die sozialistischen Arbeiterparteien etwas Zeit, so sind sie in der Lage, sich von den Folgen der Währungskatastrophe zu erholen und erfolgreicher den Wahlkampf zu führen. Daher wollen die Bürgerlichen mit Gewalt die Tagungsdauer des Reichstages abkürzen, das geht deutlich aus den Verhandlungen der letzten Zeit hervor.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat im Reichstage folgende Interpellation eingebracht:

„Seit Monaten herrscht eine Massenarbeitslosigkeit, die für Millionen von Volksgenossen — Arbeiter, Angestellte, Beamte und Angehörige der freien Berufe — furchtbarste Not und bitterstes Elend bedeuten. Die derzeitige Produktionsstockung ist vor allem eine Absatzkrise. Die erschreckende Verschärfung der deutschen Wirtschaftskrise ist hervorgerufen durch den sozialreaktionären Vorstoß der deutschen Industrie, insbesondere der Schwerindustrie im besetzten Gebiet, der in seinen Wirkungen einer allgemeinen Produktionssabotage gleichkommt. Unmittelbar nach Beendigung des passiven Widerstandes, in dessen Verlauf die Arbeiter, Angestellten und Beamten des besetzten Gebietes unermeßliche Opfer gebracht haben, hat die rheinische Schwerindustrie einen wohlvorbereiteten Überfall auf die gesamte Arbeitnehmerschaft unternommen. Statt der von ihr immer gepriesenen Volksgemeinschaft hat sie eine Arbeitsgemeinschaft mit dem französischen Militarismus zu schließen versucht, um mit Hilfe der französischen Besatzung den Achtstundentag und das Betriebsrätegesetz der deutschen Arbeiter zu Fall zu bringen. Nur an der Ablehnung durch den General Degoutte ist diese Verschwörung gescheitert. Dann haben dieselben Unternehmer ihr Ziel durch Massenkündigungen und Stillegung ihrer Betriebe erzwungen. Das organisierte Unternehmertum hat auf diese Weise seine unumschränkte Vorherrschaft wieder hergestellt, zugleich mit dem Versuch, die ganze Last der Reparationsregelung auf die breiten arbeitenden Massen abzuwälzen.

Weiterhin hat die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, als die Spitzenvertretung des organisierten Unternehmertums, in Rundschreiben an ihre Unterverbände ein systematisches Vorgehen für die Beseitigung der Tarifverträge und des staatlichen Schlichtungswesens eingeleitet. Die Auflehnung gegen die Staatsgewalt und die bewußte Verletzung der Gesetze sind auf jener Seite bereits soweit gediehen, daß die Unternehmer von ihren Organisationen angewiesen werden, die staatlichen Schlichtungsausschüsse nicht mehr zu beschicken, Beisitzer nicht mehr zu stellen und sowohl bei freien, als auch bei verbindlich erklärten Tarifverträgen, die ihnen nicht genehm sind, die Waffe der Betriebsschließung in Anwendung zu bringen.

Angesichts dieser volksschädigenden Tätigkeit der sozialen Reaktion fragen wir die Regierung: Ist sie bereit,

1. in Übereinstimmung mit der Politik des englischen Arbeitsministers das Washingtoner Abkommen über den achtstündigen Arbeitstag sofort zu ratifizieren?

2. endlich die vom Reichstag wiederholt gefaßten Beschlüsse auf Schaffung von Arbeitsgelegenheit auszuführen und die zu derselben Frage vorliegenden umfassenden Vorschläge der Gewerkschaften zu beachten?

3. gegen den von der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände organisierten Widerstand und die von dort betriebene offene Gesetzessabotage zum Zwecke der Beseitigung der Tarifverträge und der staatlichen Schlichtungsorgane entschiedene Abwehrmaßnahmen zu treffen, den Arbeitern and Angestellten einen ausreichenden Schutz zu gewähren?

4. die Schlichtungsausschüsse anzuweisen, die Verlängerung der Arbeitszeit über 8 Stunden nur bei zwingendem Nachweis volkswirtschaftlicher Notwendigkeit und nur von Fall zu Fall verbindlich zu erklären?

5. Was gedenkt die Regierung zu tun, um zu verhindern, daß durch einen anhaltenden Lohnabbau und eine übermäßig verlängerte Arbeitszeit, die beide produktionshemmend wirken, erneut die außenpolitisch gefährliche Auffassung entsteht, als wäre in nächster Zeit eine Schmutzkonkurrenz von Deutschland auf dem Weltmarkt zu erwarten?"

Dieser Antrag zum Schutze der Arbeitskraft und kümmerlich erworbener Arbeiterrechte darf nach Meinung des Bürgertums im Reichstag nicht mehr beraten werden, lieber verfügt die Regierung, gestützt auf die bürgerlichen Parteien, die Auflösung des Reichstags. Im Wahlkampf werden dann die bürgerlichen Vertreter den Arbeitern über Arbeitszeit, Tarifvertrag und sonstige Rechte große Versprechungen machen, die, wenn die Herren wieder gewählt sein werden, nie eingelöst werden. Darum ist es ihnen peinlich, vor der Wahl im Reichstag ihr arbeiterfreundliches Herz zu zeigen. Die Arbeiter würden dann sehen, wie es mit der Arbeiterfreundlichkeit der Bürgerlichen in der Frage der Arbeitszeit und des Arbeiterschutzes bestellt ist. Darum versuchen sie mit allen Mitteln, die Aussprache über die Interpellation zu verhindern, um im Wahlkampf die Arbeiterschaft gehörig anschwindeln zu können.

Die Arbeiterschaft ist gewarnt! Erfülle vor den Wahlen ein jeder seine Pflicht in der politischen Arbeiterorganisation.

Produktion und Preise in Rußland

Eine auffallende Erscheinung im Wirtschaftsleben Rußlands ist die fortwährende Steigerung der Preise gewerblicher Erzeugnisse, die weit über die Steigerung landwirtschaftlicher Produkte hinausgeht und es der bäuerlichen Bevölkerung unmöglich macht, gewerbliche Erzeugnisse zu kaufen. Anderseits ist der Absatz solcher Waren erschwert, so daß sich Vorräte in den Unternehmungen anhäufen und die Produktion eingeschränkt werden muß. Eine zunehmende Arbeitslosigkeit ist die Folge, die die Notlage der Arbeiterschaft erhöht. Eine der Ursachen dieser Erscheinung ist die Verteuerung der Arbeitskosten. Seit Anfang 1922 stiegen die Löhne bedeutend, und zwar infolge der neuen Politik der allgemeinen Anwendung von Tarifverträgen, der Zahlung der Löhne fast ausschließlich in Bargeld und ihre Festsetzung in Warenrubeln entsprechend den Preisindexziffern, statt in stets weiter entwertenden Sowjetrubeln. Der Durchschnittslohn, der im Oktober 1922 7,4 Realrubeln gleichkam, betrug im März 1923 12,9 Rubel, was eine Steigerung um 74 v. H. ausmacht. Anderseits wurde die individuelle Leistung eines Arbeiters in der zweiten Hälfte des Finanzjahres 1921/22 mit 578 Realrubeln bewertet und im Jahre 1922/23 bezifferte sie sich auf 665 Realrubel, so daß die Steigerung bloß 15 v. H. ausmacht. Im ganzen hat sich die Ergiebigkeit der Arbeit, die seit 1913 stark sank, während des Jahres 1923 — verglichen mit den letzten Monaten 1922 — nicht viel gehoben. Im Vergleich zum Beispiel belief sich die Leistung vom Oktober 1921 bis März 1922 auf 42 v. H. der Vorkriegsleistung, ein Jahr später sogar nur auf 36 v. H., wogegen die Löhne auf 50 v. H. der Vorkriegslöhne gestiegen waren.

Zum Teil sind die erhöhten Produktionskosten auch die Folge der Preissteigerung der Rohmaterialien und der sonstigen Teuerung. Dazu kommen ferner die gesteigerten Aufwendungen für Steuern und für Erhaltung der geschlossenen Betriebe, für Verwaltung kommerzieller Verbände und Trusts, Verkaufsagenturen und endlich die Zahlungen an Mittelsleute. Alle diese Ausgaben zusammen haben seit 1913 die Produktionskosten von Gußeisen um 93 v. H. erhöht, die Produktionskosten von Webe um 85 v. H., von Zündhölzern um 75 v. H., von elektrischen Lampen um 95 v. H., von Zucker um 73 v. H., von Schleder um 63 v. H. usw. Diese Angaben entstammen der Zeitschrift Industrial and Labour Information (herausgegeben vom Internationalen Arbeitsamt), wo die Auffassung bekundet wird, daß die beiden wichtigsten Probleme, welche die nationalisierte Wirtschaft Rußlands zu lösen hat, sind: einmal die mehr rationelle Organisation der Produktion und zweitens die Steigerung des Arbeitsertrages; davon hängt vor allem die Verbilligung der Waren ab.

Gesucht

werden zur **Geschichte der deutschen Metallarbeiterbewegung** folgende Druckschriften:

1. **Vereinsblatt des Maschinenbauarbeitervereins Berlin 1848 bis 1850.**

2. **Der Bote,** Organ des **Verbandes der Klempner und verwandten** Berufsgenossen, erschienen 1874 bis 1876, herausgegeben von Wilh. Metzger in Hamburg.

3. **Protokoll des Verbandstages der Klempner 1876 in Hannover.**

4. **Der Schlosser und Maschinenbauer,** Organ des **Verbandes der** Schlosser und Maschinenbauer, 1890 bis 1892, herausgegeben von Franz Diedrich in Hamburg.

5. **Der Genossenschafter,** Organ des **Gewerkvereins der Gold- und Silberarbeiter,** 1869, 1870, 1875 bis 1876, erschienen zu Pforzheim und Gmünd.

6. **Der Goldarbeiter,** Organ des **Verbandes deutscher Gold- und Silberarbeiter,** 1893 bis 1899. Die **Protokolle** der Verbandstage dieser Organisation.

7. **Protokoll des Formerkongresses** zu Hamburg **1872** und **Statut** des Deutschen Formerbundes 1872 bis 1874.

Auch einzelne Nummern der genannten Blätter sind willkommen. Wer derartige Materialien besitzt oder nachweisen kann, wird ersucht, sich in Verbindung zu setzen mit **Joh. Scherm in Stuttgart, Rötestraße 16b.** — Auslagen werden vergütet.

Eingegangene Schriften

The World Almanac für 1924. Dem Fremden fällt in Amerika allerwärts ein gelblich gebundener Schmöker auf. Welchem Zwecke er dient, wird man gleich gewahr, wenn man eine Frage über irgendetwas zwischen Himmel und Erde stellt. Fragt man nach einem Wahlergebnis oder Sportsachen, Währung, Kriegsausgaben, Ebbe- und Flutzeiten oder sonst was, immer wird der gelbe Schmöker zu Rate gezogen. Dieses allerwärts gebrauchte und immer nützliche Buch ist der World Almanac, der jedes Jahr von der **New York World** herausgegeben und von R. H. Lyman bearbeitet wird. Es ist einfach unglaublich, welche Fülle von Wissenswertem auf den 900 Seiten aufgespeichert ist. Dabei ist dieses reichhaltigste der einbändigen Nachschlagbücher das billigste von allen, denn es kostet in deutschem Gelde nur 2 Goldmark.

Das Geldwesen. Band 1 des **Handbuches des Geld-, Bank- und** Börsenwesens. Von Dr. **Cesar Stillich.** Das Buch des auch in Arbeiterkreisen bekannten Verfassers behandelt technische Fragen des Geldwesens. Es ist bereits die 4. Auflage. Verlagsbuchhandlung G. A. Gloeckner, Leipzig, Liebigstr. 6.

Kartellrecht und Kartellgericht. Verordnung gegen **Mißbrauch** wirtschaftlicher Machtstellungen nebst Verordnungen über **das Verfahren** vor dem Kartellgericht auf Grund der Verordnung **gegen den** Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen sowie Verordnung über **das** Reichswirtschaftsgericht mit Anmerkung und Sachregister **von Dr. Wenzel Goldbaum, Rechtsanwalt in Berlin. Preis 3 Goldmark. Verlag Georg Stilke, Berlin NW 7, Dorotheenstraße 66/67.**

Mitteilungen des Vorstandes

Telegrammadresse: Metallvorstand Stuttgart

Mit Sonntag den 16. März ist der 12. Wochenbeitrag für die Zeit vom 16. bis 22. März 1924 fällig.

•

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 5 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für Mitglieder der Beitragsklasse: I.	II.	III.	IV.	Beginn der Beitragserhöhung
	wöchentlich Pfennig				
Bocholt	10	10	5	5	9. Woche
Bitterfeld	10	10	10	—	9. „
Döbeln	5	5	5	5	10. „
Eberswalde	5	5	5	—	9 „
Harzgerode	10	—	5	—	6. „
Höchst	10	10	10	5	11. „
Nördlingen	5	5	—	—	6. „
Osterode a. H.	10	10	10	5	9. „
Planen	10	5	5	5	9. „
Schonach	10	10	5	5	9. „
Stollberg	10	10	10	5	9. „
Ulm a. D.	10	10	10	5	9. „

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

•

Aufforderung zur Rechtfertigung:

Das nachgenannte Mitglied wird nach § 23 Abs 3 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen. Verwaltungsstellen, denen Adressen der Aufgeforderten bekannt sind, wollen diese an den Vorstand melden.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Limburg:

Der Schlosser Hermann Siegenbruck, geb. am 17. Mai 1895 zu Essen, Mitgliedsbuch Nr. 4,938968, wegen Schädigung der Verbandsinteressen und Unterschlagung.

•

Öffentlich gerügt wird:

Auf Beschluß des Verbandstages in Kassel:

Der Dreher Fritz Ostheide, geb. am 13. Februar 1898 zu Sprockhövel, Mitgliedsbuch Nr. 3,116315, wegen Schädigung der Verbandsinteressen. Der am 17. Februar 1923 erfolgte Ausschluß ist zurückgenommen.

•

Ausgeschlossen wird nach § 22 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungstelle Duisburg:

Der Dreher Peter Schmermes, geb. am 19. Mai 1892 zu Geldern, Mitgliedsbuch Nr. 8,379386, wegen Unterschlagung.

Mit kollegialem Gruß **Der Vorstand.**

Zur Beachtung! Zuzug ist fernzuhalten:

von **Drahtziehern** nach **Waldniel** bei M.-Gladbach (Fa. Rößler) D.;
von **Feilenhauern und Schleifern** nach **Wilhelmshaven** (Wilhelmshavener Feilen- und Werkzeugfabrik) D.;
von **Graveuren, Schnittschlossern und Fallhammerschmieden** nach **Aschaffenburg** (Heinrich Kahl) D.;
von **Mechanikern und Optikern** nach **Budapest** (Ferd. Süß) D.;
von **Metallarbeitern aller Branchen** nach **Kiel** A.; nach **Oetlingen/Teck** (Friedrich Wüschenborn & Co.) A.; nach **Saulgau** (F. Bautz, A.-G., Erntemaschinenfabrik) D.; nach **Wiesmoor** i. Hannover (Fa. Siemens, Kraftwerk und Torfgewinnung) D.

L. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streik in Sicht; St. = Streik; M. = Maßregelung; Mi. = Mißstände; A. = Aussperrung.

Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Co., Stuttgart, Rötestraße 16b